



Persönliche Erklärung zu Ausführungen des Oberbürgermeisters vom 04.10.2023

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

Meinungsverschiedenheiten und der Streit um sie sind ein Zeichen von Demokratie und gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Dabei geht es darum, die Welt um uns herum ein kleines bisschen besser zu machen. Das gelingt aber nur, dann, wenn die Auseinandersetzungen so geführt werden, dass gleichberechtigte Teilhabe aller möglich ist und niemand ausgeschlossen wird.

Herr Schubert hat im letzten Bericht des Oberbürgermeisters über drei Änderungsanträge von mir gesprochen, die sich darum drehen, wie die Wahl des neuen Beirats für Menschen mit Behinderung vorbereitet und durchgeführt wurde.

Diese Anträge beinhalteten auch fachliche Kritik an der Behindertenbeauftragten Tina Denninger und empfahlen, sie abzuverufen.

Herr Schubert sagte, die Anträge enthielten Falschaussagen, Anfeindungen und Diffamierungen Frau Denningers. Außerdem würden diese Anfeindungen und Diffamierungen immer wieder lautstark von mir vorgetragen werden. Dazu sage ich: wer die Bedingungen der Beiratswahl nicht kritisiert, sondern die Kritik daran zur Anfeindung oder Diffamierung macht, hat kein Herz für demokratische Verfahren.

Herr Schubert, damit haben Sie bewiesen, dass Sie von Inklusion bestenfalls eine vage Ahnung haben.

Gesamtgesellschaftliche Teilhabe – also sicherzustellen, dass alle – ausnahmslos ALLE – an demokratischen Wahlen und danach an der Gestaltung der Stadt, der Entscheidungen über ihre ureigensten Angelegenheiten mitmachen können, ist offenbar nicht das Ziel, das Sie anstreben.

Sie stellen sich als Dienstherr vor Frau Denninger und nehmen sie in Schutz.

Das ist aus meiner Sicht selbstverständlich und das werde ich auf keinen Fall kritisieren, sondern billige dieses Verhalten ausdrücklich. Denn das sind Sie ihr als Dienstherr schuldig.

Damit haben wir aber auch schon den Punkt erreicht, an dem die Einigkeit aufhört. Frau Denninger hat nach dieser Wahl den Applaus der Stadtverordneten nicht verdient.

Sie haben meine Anträge offensichtlich nicht verstanden. Sie verstehen offenbar auch nicht, wie vielfältig Inklusion sein muss, damit sie überhaupt entstehen kann.

Damit zeigen Sie, dass Sie auf dem Niveau der Verwaltung agieren, der Sie vorstehen. Denn an den vielfältigen Herausforderungen, die Stadt inklusiver zu machen, scheitern Ihre Mitarbeiter täglich.

Das Desaster in der KFZ-Zulassungsstelle ist ein Beispiel glänzenden Verwaltungsversagens.

Ein anderes wird gerade in der Brandenburger Straße vorbereitet, wo demnächst der Weihnachtsmarkt mit vielen unnötigen Stolperfallen, zu engen Wegen und anderen Schikanen aufgebaut wird.

Ich komme nicht ohne Grund auf den Weihnachtsmarkt, denn hier zeigt sich, wie wenig Verwaltung bereit ist, Teilhabe für alle über das Gewinninteresse von Bernhard Heieck zu stellen und Diesem Auflagen zu machen, die er entweder einhält oder den Markt wieder einpackt.

Frau Denninger hat im vergangenen Jahr hochidealistisch gemeint, mit guten Wünschen und den besten Vorsätzen einen barrierefreien Weihnachtsmarkt hinzubekommen.

Gescheitert ist sie an der Straßenverkehrsbehörde, die bei der Abnahme der Aufbauten offenbar gepennt hat oder aus wohlverstandenen Eigeninteresse die Freigabe erteilte.

Das ist die Verwaltung, die gegen Inklusion arbeitet und die Ideale – die Frau Denninger zweifellos hat – aus dem Rennen wirft.

[Besorgte Miene]

Frau Denninger ist der Verwaltung nicht gewachsen, Deswegen bin ich dafür, sie abzuverufen.



Alexander Dietmar Wietschel

für Potsdam reichs!



Zurück zu Ihnen, Herr Schubert,: Sie haben aus meinen Anträgen herausgelesen, dass ich Frau Denninger vorwerfe, die Beiratswahl manipuliert zu haben.

Das ist falsch und wer die Anträge liest, wird diese Behauptung nicht finden. In den Anträgen steht, dass ich die Beiratswahl für eine Bestellwahl halte.

Weisen Sie nach, dass die Wahl frei, gleich und geheim war – und ich ziehe diese Behauptung zurück.

[Vertrauensvoller Gesichtsausdruck]

Darauf gebe ich Ihnen mein Ehrenwort. Ich wiederhole mein Ehrenwort.

Diese Beiratswahl hat relevante Zielgruppen gar nicht erreicht – und wenn irgendwo auf der Welt Wahlberechtigte nicht von einer Wahl erfahren – also weder kandidieren noch abstimmen, weil sie nichts wussten – dann würden Sie eine solche Wahl mindestens fragwürdig finden.

Dass in Potsdam lieber über die Menschen mit Behinderung bestimmt wird, als sie selbst mitbestimmen zu lassen, hat ja Tradition: ich erinnere Sie daran, wie der letzte Beirat zustande kam – Sie alle hier haben entschieden, zu lösen.

Würden Sie sich das bieten lassen?, eine Stadtverordnetenversammlung, die nach dem Zufallsprinzip ausgelost wurde? Und bei der nicht einmal alle Namen im Lostopf waren?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Inklusion ist keine Gnade – Inklusion ist ein Weg, das Menschenrecht auf Teilhabe für alle umzusetzen. Im besten Sinn einer bürgerlichen Gesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben sollen.

Frau Denninger hat sich nicht erst mit dieser Beiratswahl als ungeeignet erwiesen, Menschen mit Behinderung die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am politischen Leben dieser Stadt zu ermöglichen.

Und Sie, Herr Schubert haben mit Ihren Kommentaren zu meinen Anträgen bewiesen, dass Sie eine Mitarbeiterin schätzen, die Ihrer Verwaltung nichts abverlangt und Teilhabe erzwingen kann.

Mein Fazit: so, wie Sie den letzten Behindertenbeirat abgewürgt haben und einen bestellten akzeptieren, zeigen Sie auch, dass die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung, das letzte ist, was ihnen am Herzen liegt.

[Kopfschütteln]

Das ausgerechnet ich, als Mandatsträger einer Satirepartei, all das und in der Klarheit und Schärfe vorbringen muss, macht die gebrandmarkten Umstände und die Kritik daran noch unerträglicher.

Alexander D. Wietschel

